

## Pressemitteilung

# „Zesummenhalt fir d’Land – Entlaaschtung fir d’Leit“

**Budget 2023: CSV-Co-Fraktionschef Gilles Roth fordert „eine andere Politik“**

„Wir wollen eine andere Politik. Eine Politik des Zusammenhalts für das Land. Und der Entlastung für die Bürger. Mit dem Ziel einer fairen und gerechten Gesellschaft, in der jeder seinen Platz hat“, so CSV-Co-Fraktionspräsident Gilles Roth in seiner Rede zum Budget 2023 am Mittwochvormittag im Parlament. Der soziale Zusammenhalt sei über Jahrzehnte hinweg die Stärke des Landes gewesen. Dies müsse auch morgen so bleiben.

### **„Leere Politik mit leeren Versprechen“**

„Eine leere Politik mit leeren Versprechen“, so bezeichnete Gilles Roth die blau-rot-grüne Politik der vergangenen Jahre. „Der Staat hatte noch nie mehr Schulden. Das Armutsrisiko war noch nie höher als jetzt. Die Bürger haben in den vergangenen 30 Jahren noch nie mehr Steuern gezahlt. Die Wohnungspreise waren noch nie so hoch. Die Menschen standen noch nie so lange im Stau. Der Überschuss im Rentensystem war noch nie so niedrig.“

### **„Keine Strategie gegen ein finanzielles Harakiri“**

Finanzpolitisch gebe es bei Blau-Rot-Grün „keine Strategie gegen ein finanzielles Harakiri“. Weder für 2023. Noch für 2024 und darüber hinaus. Hinzu komme Uneinigkeit innerhalb der Regierung über den Umgang mit der 30-Prozent-Schuldengrenze. „Wir sind keine Prozent-Fetischisten. Aber wir halten am Triple A fest. Das Ziel soll für uns die Obergrenze bestimmen.“ Konkret fordert die CSV etwa ein Screening der Investitionsausgaben sowie eine Prioritätenliste der Regierung.

### **Ja zu Steuerreform: Bürger nicht „Milchkuh des Staates“**

Eine Top-Priorität für die CSV bleibt die steuerliche Entlastung der Bürger bis in die breite Mittelschicht hinein: „Wir sagen Ja zu einer Steuerreform. Die Bürger sind nicht die Milchkuh des Staates.“ Blau-Rot-Grün habe den Menschen 2018 großspurige Steuerentlastungen versprochen. Nun schicke das Dreier-Bündnis die Bürger mit Steuererhöhungen nach Hause.

### **Inflationsbereinigung des Tarifs, Verbreiterung der Tranchen**

Die CSV hingegen spricht sich für eine faire und gerechte Lastenverteilung aus. Die CSV erneuerte vor diesem Hintergrund ihre Tarifforderung: 1. Inflationsbereinigung des Steuertarifs sowie Verbreiterung der Steuertranchen zum Beispiel auf 2.500 Euro; 2. Eingangssteuersatz von 15.000 Euro in der Steuerklasse 1 bzw. von 30.000 Euro in der Steuerklasse 1A; 3. Zusätzliche Steuertranche für Spitzenverdiener von 45% ab 500.000 Euro Jahresgehalt. Ferner soll die Übergangszeit von der Steuerklasse 2 in die

Steuerklasse 1A von 3 auf 5 Jahre erhöht werden. Schließlich soll die Progression in der Steuerklasse 1a langsamer greifen.

Die CSV hinterlegte zudem eine Motion mit dem klaren Auftrag an die Regierung, die Steuertabelle anzupassen und dabei alle ausgelösten und anstehenden Indextranchen seit 2017 mit zu berücksichtigen.

### **Wachsendes Armutsrisko für CSV inakzeptabel**

Ein „absolutes Armutzeugnis“ für ein vermeintlich reiches Land sei jedoch das wachsende Armutsrisko in Luxemburg. „18 Prozent der Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze hier im Land. Das ist fast einer von fünf. Die Ärmsten bleiben auf der Strecke. Ein weiteres Totalversagen von Blau-Rot-Grün“, so Gilles Roth weiter. Um Erleichterung zu schaffen, fordert die CSV, dass die verloren gegangenen 10 Prozent bei der Nichtindexierung des Kindergeldes von 2014 bis 2021 den Familien zurückerstattet werden.

### **Politikwechsel nach 30 Jahren dirigistischer Gesundheitspolitik**

Nach 30 Jahren „dirigistischer Gesundheitspolitik“ brauche das Land zudem einen Politikwechsel in der Gesundheitspolitik. „Wichtige Entwicklungen in der Medizin haben wir einfach verschlafen.“ Zum Beispiel in der ambulanten Spitalmedizin oder auch in der Telemedizin. Die CSV fordert deshalb ein Überarbeiten des Spitalplans hin zu einem Gesundheitsplan. Zudem sei Bewegung bei der Rückerstattung der Psychotherapie vonnöten. Gleches gelte für die Gesetzeslage in Sachen IRM-Praxen. Akuten Handlungsbedarf gebe es auch für eine dezentrale Medizin mit einem multidisziplinären Ansatz sowie für eine Ausbildungsreform der Pflegekräfte vor Ort.

### **Endlich Durchstarten beim Wohnungsbau**

„Das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum ist die größte Herausforderung für unser Land. Aber hier fehlt es an Strategie, Vision und Kohärenz.“ Die Wirklichkeit vor Ort entspreche nicht einmal ansatzweise den Ankündigungen. Zudem sei das zurzeit diskutierte Projet de Programme directeur d'aménagement du territoire „de facto ein staatlich verordneter Erschließungs-Stopp für neuen Wohnraum“. Den ländlichen Raum lasse man dabei ausbluten. So werde das eigene Dach über dem Kopf definitiv zum Privileg der Happy Few.

### **10-Punkte-Katalog in Sachen Logement**

Konkret schlägt die CSV vor: 1. Koordiniertes Partenariat zwischen öffentlichen und privaten Bauträgern; 2. Perimeter-Erweiterungen, wo sie urbanistisch sinnvoll sind; 3. Gesetzlicher Rahmen für den Aufkauf privater Bauprojekte durch die SNHBM während 3 Jahren; 4. Einführung des superreduzierten TVA-Satzes von 3% beim Bau von Mietwohnungen während 3 Jahren; 5. TVA-Steuerkredit bei Erstwohnung auf 100.000 Euro erhöhen; 6. Steuerkredit „Bällegen Akt“ auf 50.000 Euro erhöhen; 7. Verdopplung der Obergrenze für Schuldzinsen beim Eigenheim; 8. Ja zum Amortissement accéléré;

9. Verlängerung der steuerlichen Plus-Value-Frist von 2 auf 5 Jahre beim Verkauf von Immobilien; 10. Vereinfachung der Prozeduren.

### **Verschiebebahnhof der Verantwortung auf Gemeinden**

Doch statt selbst Verantwortung zu übernehmen, verschiebe die Regierung dieselbe zunehmend auf die Gemeinden. „Der Staat bestellt und die Gemeinden sollen machen und bezahlen“, so Gilles Roth weiter. Bevölkerungsdichte Kommunen seien bevorteilt. Der CGDIS sei hierfür ein passendes Beispiel. Das Budgetgesetz streiche hier ganz einfach die Beitragsbremse. Diese müsse beibehalten werden. Zudem brauche man einen neuen Verteilungsschlüssel. Die staatlichen Zuschüsse müsse man der Wirklichkeit anpassen.

### **Klima-Strategie statt unkoordinierter Einzelmaßnahmen**

Auch die Klimapolitik der Regierung müsse näher an die Wirklichkeit der Bürger herangeführt werden. Nur so sei das kollektive Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Allerdings brauche man hierfür ein durchdachte, kohärente und von oben bis unten durchdeklinierte Strategie: „Für die CSV erreichen wir Klimaneutralität nicht durch die bloße Summe unkoordinierter Einzelmaßnahmen. Auch wenn diese durchaus sinnvoll sein können.“

### **Bürger als Partner und Klimageld**

Die CSV setzt auf mehr Nachhaltigkeit. Ökologie, Ökonomie und Soziales müssen dabei im Gleichgewicht sein. Insgesamt sollen erneuerbare Energiequellen stärker ausgebaut werden. Die Förderung von Solarenergie und Wasserstoff-Technologie sind konkrete Prioritäten. So könne man sich etwa höhere Subsidien bei privaten Photovoltaik-Anlagen vorstellen. Ein weiteres Ziel seien klimaneutrale Verwaltungen sowie der Ausbau von Ladestationen. Große PV-Anlagen könne man auf Parkflächen von Unternehmen sowie auf deren Dächern anlegen. Insgesamt solle der Bürger als Partner angesehen werden. Nur so bekomme man alle ins Klimaboot. Sollte es zu einer weiteren Erhöhung der CO2-Steuer kommen, müsse man Haushalte mit einem niedrigen Einkommen mit einem Klimageld begleiten. Modell hierfür könne die aktuelle Energieprämie sein. Auch die Energietransition der Unternehmen müsse der Staat unterstützend begleiten.

### **Produktive Landwirtschaft erhalten**

Die CSV setzt darüber hinaus weiter auf eine zukunftsfähige Landwirtschaft. „Unsere Bauern und Gärtner sorgen für gesunde Lebensmittel. Diese kommen nicht aus dem Supermarkt. Wir wollen eine produktive Landwirtschaft erhalten. Nicht bloß Landschaftspflege in einem Freilichtmuseum.“ Die Landwirtschaft gehöre – so wie auch die Stahlindustrie - zur Identität unseres Landes.

### **Moderne Justiz und gut ausgerüstete Polizei**

Zu einem guten Zusammenleben gehört auch ein starker Rechtsstaat. „Dafür brauchen wir einen modernen Justizapparat sowie eine gut ausgerüstete Polizei.“ Mit der Zeit

angepassten Gesetzen, die auch angewandt werden. Und mit mehr Mitteln für unsere Polizei. „Mehr Freiheit geht nicht ohne mehr Sicherheit. Gleichwohl dürfen die Grundrechte dabei kein leeres Lippenbekenntnis sein“, so Gilles Roth abschließend.

(mitgeteilt von der CSV-Fraktion, am Mittwoch, dem 14. Dezember 2022)